

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 5
Bereich: Soziale Dienste
Bearbeitet von: Georg Ritter

Siegen, 12.11.2021

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

Jugendhilfeausschuss

02.12.2021

Kurzbezeichnung:

Kinder- und Jugendstärkungsgesetz (KJSG)

Beschlussvorschlag:

Der Jugendhilfeausschuss der Universitätsstadt Siegen nimmt den Bericht zum Kinder- und Jugendstärkungsgesetz (KJSG) zur Kenntnis.

Sachverhalt / Begründung:

Das Kinder- und Jugendstärkungsgesetz ist mit Datum vom 10.06.2021 in Kraft getreten. Das sog. Artikelgesetz führt zu etlichen Änderungen im SGB VIII – Kinder- und Jugendhilfe- und hat teilweise weitreichende Auswirkungen auf die Ausgestaltung der fachlichen Prozesse im Jugendamt und die dafür notwendigen Ressourcen.

Eine erster Überblick über die fünf Schwerpunktthemen des Gesetzes wurde im Jugendhilfeausschuss am 16.09.2021 gegeben sowie im Protokoll eine Synopse zu den Änderungen durch das KJSG zur Verfügung gestellt.

Es wurde angekündigt, die Änderungen anhand der Schwerpunktthemen in den nächsten Sitzungen des JHA im Detail vorzustellen, um die daraus resultierenden Anforderungen an die Arbeit des Jugendamtes für die kommenden Monate und Jahre zu skizzieren.

Dabei gelten die gesetzlichen Regelungen, bis auf die Umsetzung der sog. großen Lösung, d.h. die Aufnahme auch der körperlich und geistig behinderten Kinder in die leistungsmäßige Zuständigkeit des SGB VIII, ohne Übergangsfristen. Die sich aus dem Gesetz ergebenden Leistungsansprüche, Beteiligungsrechte sowie fachliche Anforderungen sind dem Grunde nach sofort umzusetzen.

Die Änderungen werden jeweils anhand einer Power-Point-Präsentation vorgestellt werden. Von der Systematik werden die Änderungen im Rahmen der fünf Schwerpunktthemen vorgestellt.

Die textliche Ausführung erfolgt als Verwaltungsvorlage. Diese orientiert sich an einem Fachartikel von Dr. Janna Beckmann und Katharina Lohse, Deutsches Institut für Jugendhilfe und Familienrecht (DiJuF), Heidelberg, Mai/2021.

I. Verbesselter Kinder- und Jugendschutz

1. Zusammenarbeit an Schnittstellen

Eine wichtige Schnittstelle im Kinderschutz besteht zwischen dem Jugendamt und den sog. Berufsheimnisträgerinnen, also den Personen, die im beruflichen Kontakt zu Kindern, Jugendlichen und ihren Familien stehen und die grundsätzlich der Schweigepflicht gem. § 203 StGB unterliegen, aber unter bestimmten Voraussetzungen, auch ohne eine Schweigepflichtentbindung der Betroffenen, das Jugendamt über den Verdacht einer Kindeswohlgefährdung informieren dürfen (§ 4 KKG – Gesetz zur Kooperation und Information im Kinderschutz). Künftig soll das Jugendamt Berufsheimnisträger, die dem Jugendamt gem. § 4 KKG Daten übermittelt haben, in geeigneter Weise an der Gefährdungseinschätzung beteiligen, sofern der wirksame Schutz des Kindes hierdurch nicht gefährdet wird und die Beteiligung nach seiner fachlichen Einschätzung erforderlich ist (§ 8a Abs. 1 Nr. 2 SGB VIII).

Die Einbeziehung von Berufsheimnisträgerinnen in die Gefährdungseinschätzung war bislang schon möglich. Mit der ausdrücklichen Aufnahme in das Gesetz soll daher vor allem Rechtssicherheit für die beteiligten Akteure geschaffen werden.

Gestärkt werden soll die Zusammenarbeit außerdem durch die Einführung einer Sollverpflichtung des Jugendamts, den meldenden Berufsheimnisträgern zeitnah eine Rückmeldung zu geben, ob es die gewichtigen Anhaltspunkte für die Gefährdung des Wohls des Kindes oder der Jugendlichen bestätigt sieht und ob es zum Schutz des Kindes oder der Jugendlichen tätig geworden und noch tätig ist (§ 4 Abs. 4 KKG).

Hinter dieser Regelung steht die Erkenntnis aus der Evaluation des KKG, dass eine solche Rückmeldung nicht nur im Einzelfall, sondern auch im Allgemeinen für die Kooperationsbeziehung förderlich ist.

2. Kindeswohlgefährdung

Analog zur bisherigen Regelung des § 8a Abs. 4 SGB VIII, die bezogen ist auf alle Einrichtungen und Dienste, die Leistungen nach diesem Gesetz erbringen, findet nur eine Erweiterung dahingehend statt, dass mit Kindertagespflegepersonen ebenso Vereinbarungen zu treffen sind, wonach diese bei Bekanntwerden gewichtiger Anhaltspunkte für die Gefährdung eines von Ihnen betreuten Kindes zunächst eigenständig eine Gefährdungseinschätzung vornehmen und eine insoweit erfahrene Fachkraft beratend hinzuziehen (§ 8a Abs. 5 SGB VIII). Eine solche wird in Siegen über das Familienbüro aus einem Pool an entsprechenden Kräften vermittelt.

Im Hinblick auf die inklusive Ausrichtung des neuen Gesetzes ist hinzugekommen, dass bei der fachlichen Beratung einer Kindeswohlgefährdung den spezifischen Schutzbedürfnissen von Kindern und Jugendlichen mit Behinderung Rechnung zu tragen ist (§ 8b Abs. 3 SGB VIII). Hierzu sind alle mit dieser Aufgabe befassten Fachkräfte zu qualifizieren.

3. Familiengericht

In Erstverfahren und Überprüfungsverfahren wegen Kindeswohlgefährdung soll das Jugendamt künftig den Hilfeplan dem Familiengericht stets vorlegen müssen, in sonstigen Sorge- und Umgangsverfahren auf Verlangen des Familiengerichts (§ 50 Abs. 2 SGB VIII). Die Vorlagepflicht erstreckt sich auf das Ergebnis der Bedarfsfeststellung, die vereinbarte Art der Hil-

fegewährung einschließlich der hiervon umfassten Leistungen sowie das Ergebnis etwaiger Überprüfungen und Feststellungen.

Kritisch zu betrachten ist, dass die potenzielle Vorlage des Hilfeplans im familiengerichtlichen Verfahren, über die die Betroffenen vorab zu informieren wären, nachteilige Auswirkungen auf die Hilfe- und Vertrauensbeziehung zwischen Jugendamt und Familie haben kann. Auch ist nicht zu erwarten, dass die regelhafte Weitergabe zu einer weiteren Qualifizierung der Stellungnahmen des ASD führen wird. Von daher führt diese Regelung aus hiesiger Sicht zu einem rein verwaltungsmäßigen Mehraufwand verbunden mit einer potentiellen Schwächung der Beratungsmöglichkeiten aufgrund von Vertrauensverlust. Eine Abstimmung mit dem hiesigen Familiengericht zur Umsetzung ist erforderlich.

4. Strafverfolgung

Um mehrfach straffällig gewordene Jugendliche sowie Kinder und Jugendliche mit multiplen Problemlagen besser begleiten zu können, soll künftig das Instrument von sog. Fallkonferenzen verstärkt in den Blick genommen werden. Verschiedene Akteure, insbesondere Jugendamt, Jugendstaatsanwaltschaft und Polizei, aber auch Schule, Ausländerbehörde und Gesundheitsbereich sollen nicht nur strukturell, sondern auch im Einzelfall eng zusammenarbeiten. Diese Zusammenarbeit im Einzelfall ist auch schon jetzt unter Einhaltung der datenschutzrechtlichen Voraussetzungen möglich und wurde in Siegen immer wieder bei sog. Intensivstraftätern genutzt.

Stärkungsbedarf sieht das KJSG auch in Bezug auf den Informationsfluss bei Kindeswohlgefährdung, insbesondere durch sexualisierte Gewalt, von den Strafverfolgungsbehörden an das Jugendamt. Nr. 35 Mistra (Anordnung über Mitteilungen in Strafsachen) sieht bislang eine Mitteilung vor, wenn ein Tätigwerden des Jugendamts zur Abwendung einer erheblichen Gefährdung von Minderjährigen erforderlich erscheint. Nach dem § 5 KKG soll das Jugendamt künftig informiert werden, wenn im Strafverfahren „gewichtige Anhaltspunkte für die Gefährdung des Wohls eines Kindes oder Jugendlichen“ bekannt werden. Anhaltspunkte liegen insbesondere dann vor, wenn das Kind oder die Jugendliche mit einer Person, die verdächtigt wird, eine einschlägige Straftat begangen zu haben, in einem Haushalt lebt oder Umgang hat bzw. haben soll.

Auch hier ist eine nähere Abstimmung mit dem Amtsgericht notwendig.

5. Betriebserlaubnisverfahren

Zur Verbesserung des Schutzes von Kindern in Einrichtungen werden weitere Voraussetzungen für die Erteilung einer Betriebserlaubnis eingeführt, nämlich

1. die Zuverlässigkeit des Trägers sowie
2. das Vorhandensein eines Gewaltschutzkonzepts, eines geeigneten Verfahrens zur Selbstvertretung sowie der Möglichkeit zur Beschwerde außerhalb der Einrichtung (§ 45 Abs. 2 S. 1 Nr. 1, 2, 4 SGB VIII) sowie
3. der Nachweis der ordnungsgemäßen Buchführung

Neu hinzugekommen auch die Regelung einer gegenseitigen Informationspflicht zwischen dem Träger der öffentlichen Jugendhilfe, der eine Einrichtung belegt, und der betriebserlaubniserteilenden Behörde (Landesjugendamt) über Ereignisse und Entwicklungen, die geeignet sind, das Wohl der Kinder und Jugendlichen in der Einrichtung zu beeinträchtigen (§ 47 Abs. 2 SGB VIII).

6. Auslandsmaßnahmen

Das Gesetz formuliert ausführlich die Anforderungen an die Zulässigkeit von Auslandsmaßnahmen, was durchweg mit schärferen Kontrollen verbunden ist. Im § 38 SGB VIII wird nun insbesondere geregelt, dass die leistungserbringende Einrichtung oder Person durch den Träger der öffentlichen Jugendhilfe vor Ort zu überprüfen ist und dass auch die Überprüfung und Fortschreibung des Hilfeplans am Ort der Leistungserbringung, also im Ausland erfolgen soll. Darüber hinaus wird ausdrücklich festgeschrieben, dass eine Unterbringung im Ausland nur erfolgen soll, wenn das sog. Konsultationsverfahren durchgeführt wurde, also der Unterbringungsstaat sein Einverständnis mit der Unterbringung erklärt hat. Daneben muss der durchführende freie Träger über eine Betriebserlaubnis für eine Einrichtung im Inland, in der Hilfe zur Erziehung erbracht wird, verfügen, es müssen Fachkräfte für die Leistungserbringung eingesetzt werden und es muss fachkundig ausgeschlossen sein, dass die unterzubringende Person eine seelische Erkrankung hat.

II. Stärkung von Kindern und Jugendlichen in Pflegefamilien und Einrichtungen

1. Hilfe zur Erziehung und Hilfeplanung

Vielerorts und auch in Siegen bereits gängige Praxis wird nun im § 27 Abs. SGB VIII geregelt, dass unterschiedliche Hilfearten miteinander kombiniert werden können. Daneben können auch Hilfen zur Erziehung als bedarfsentsprechende Gruppenangebote in Schulen erbracht werden.

Zur Hilfeplanung finden sich zum einen Neuregelungen in § 36 SGB VIII, zum anderen werden in einem neuen Paragraphen § 37c SGB VIII noch einmal die Besonderheiten bei Hilfen außerhalb der eigenen Familie zusammengeführt. In § 36 SGB VIII wird ausdrücklich geregelt, dass Geschwisterbeziehungen bei der Aufstellung und Überprüfung des Hilfeplans sowie bei der Durchführung der Hilfe berücksichtigt werden sollen. Dies entspricht schon jetzt dem fachlichen Standard in der Kinder- und Jugendhilfe; die ausdrückliche Aufnahme in das Gesetz soll dies stärken. Zudem wird der Kreis derjenigen, die an den Hilfeplangesprächen zu beteiligen sind, erweitert. Soweit jeweils unter fachlichen Gesichtspunkten sinnvoll, sollen künftig beteiligt werden andere Personen, Dienste oder Einrichtungen, die bei der Durchführung der Hilfe tätig werden, außerdem öffentliche Stellen, insbesondere andere Sozialleistungsträger, Rehabilitationsträger oder die Schule, und schließlich die nicht sorgeberechtigten Eltern mit Zustimmung des betreffenden Kindes oder Jugendlichen und dem Sorgeberechtigten.

Auch wenn die Einbeziehung auch nach bisheriger Rechtslage nicht ausgeschlossen war, und hier auch oft umgesetzt wurde, stellt die klare gesetzliche Regelung eine deutliche Verbesserung dar, die es in den Verfahren fachlich und organisatorisch umzusetzen gilt.

Eltern, deren Kinder stationär oder teilstationär in der Kinder- und Jugendhilfe betreut werden, erhalten nun einen subjektiven Rechtsanspruch auf Beratung und Unterstützung sowie Förderung ihrer Beziehung zum Kind (§ 37 Abs. 1 SGB VIII). Hintergrund ist die Beobachtung, dass im Moment der außerfamiliären Unterbringung notwendige Hilfen für die Eltern in der Praxis häufig aus dem Blick gerieten. Diese zu begrüßende Regelung wird jedoch zu einem Mehraufwand auf personeller Seite und durch die Bewilligung von zusätzlichen Hilfen zu kostenmäßigem Mehraufwand führen.

2. Schutzkonzepte in der Pflegekinderhilfe

Zur Sicherung der Rechte des Kindes oder Jugendlichen und zum Schutz vor Gewalt wird in § 37b Abs. 1 SGB VIII die Gewährleistungsverpflichtung für das Jugendamt eingeführt, dass in Pflegeverhältnissen Schutzkonzepte entwickelt, angewendet und überprüft werden. Daneben besteht eine Verpflichtung zur Gewährleistung von Beschwerdemöglichkeiten für das Pflegekind in persönlichen Angelegenheiten. Dazu werden mit den Pflegekinderdiensten entsprechende Abstimmungen zur Konzeptentwicklung erfolgen und in der Praxis umgesetzt werden müssen.

In Siegen schon seit Jahren Praxis wurde nun in § 37c SGB VIII aufgenommen, dass die Perspektivklärung bei stationären Hilfen (Heimerziehung, Pflegekinder) in den Hilfeplangesprächen prozesshaft zu thematisieren und zu dokumentieren ist. Dabei sind die Eltern so zu unterstützen, dass eine Verbesserung der „Entwicklungs-, Teilhabe- oder Erziehungsbedingungen in der Herkunftsfamilie innerhalb eines im Hinblick auf die Entwicklung des Kindes oder Jugendlichen vertretbaren Zeitraumes“ eintreten kann oder wenn dies nicht erreichbar ist, eine dauerhafte Perspektive außerhalb des elterlichen Haushaltes zu entwickeln.

Zur Kontinuitätssicherung wurde neu in § 1632 Abs. 4 BGB geregelt, dass vom Gericht der Verbleib des Pflegekindes auch auf Dauer (unbefristet) angeordnet werden kann, wenn sich die Verhältnisse bei den Eltern, trotz Hilfen, nicht verbessert haben und auch nicht zu erwarten ist, dass dies zukünftig eintreten wird und die Anordnung zudem zum Wohl des Kindes erforderlich ist. Die Anordnung soll aufgehoben werden, wenn die Wegnahme von der Pflegeperson das Kind nicht mehr gefährdet (§ 1696 Abs. 3 BGB).

3. Junge Volljährige

Die Hilfe für junge Volljährige ist nun eine Pflichtleistung gem. § 41 SGB VIII geworden verbunden mit einem Rechtsanspruch auf Nachbetreuung (§ 41a SGB VIII) und versehen mit der Möglichkeit auf Neubewilligung der Hilfe nach Beendigung einer Hilfe im Volljährigen Alter, sofern die Voraussetzungen vorliegen.

Damit der Übergang in andere Sozialleistungssysteme wie SGB II, BaföG oder SGB IX gelingen kann und ohne Leistungsunterbrechung funktioniert ist ab einem Jahr vor dem im Hilfeplan vorgesehenen Hilfeende zu prüfen, ob im Hinblick auf den Bedarf des jungen Menschen ein Zuständigkeitsübergang auf andere Sozialleistungsträger in Betracht kommt (§ 41 Abs. 3 SGB VIII).

Es ist zu erwarten, dass hierdurch die Anzahl und die Dauer der Hilfen für junge Volljährige steigen werden.

4. Kostenbeteiligung

Die Heranziehung von jungen Menschen aus dem Vermögen wird gestrichen und die Heranziehung aus dem Einkommen auf höchstens 25 % (vorher 75%) des Nettoeinkommens reduziert (§ 94 Abs. 6 SGB VIII).

5. Gemeinsame Wohnformen für Eltern und Kinder

Neu geregelt ist in § 19 Abs. 2 SGB VIII die Möglichkeit, mit Zustimmung des betreuten Elternteils auch den anderen Elternteil oder eine Person, die für das Kind tatsächlich sorgt, in die Leistung mit einzubeziehen, soweit dies dem Leistungszweck dient, was auch die gemeinsame Betreuung umfassen kann. Dies wird zu erhöhten Kosten bei gemeinsamer Un-

terbringung führen, da für den mituntergebrachten Elternteil ein weiterer Entgeltsatz zu entrichten ist .

III. Prävention vor Ort

1. Stärkung von niedrigschwelligem Zugang zu Hilfen (im Sozialraum)

Durch das KJSG wird der niedrigschwellige Zugang zu Hilfen im Sozialraum gestärkt. So werden an unterschiedlichen Stellen im Gesetz Hinweise auf das Erfordernis von Hilfen im Sozialraum integriert.

Die in § 10a SGB VIII eingeführte Beratung von Leistungsberechtigten soll auch Hinweise auf Leistungsanbieter und andere Hilfemöglichkeiten im Sozialraum enthalten.

Im Rahmen der allgemeinen Förderung der Erziehung in der Familie soll die Entwicklung vernetzter, kooperativer und sozialraumorientierter Angebotsstrukturen unterstützt werden (§ 16 Abs. 2 SGB VIII).

Die Betreuung und Versorgung des Kindes in Notsituationen nach § 20 SGB VIII bietet nun die Möglichkeit der niedrigschwelligen Inanspruchnahme, insbesondere wenn die Hilfe von einer Beratungsstelle nach § 28 SGB VIII zusätzlich angeboten oder vermittelt wird (§ 20 Abs. 3 SGB VIII).

Im Rahmen der Jugendhilfeplanung sollen Einrichtungen und Dienste so geplant werden, dass ein bedarfsentsprechendes Zusammenwirken der Angebote von Jugendhilfeleistungen in den Lebens- und Wohnbereichen von jungen Menschen und ihren Familien sichergestellt ist (§ 80 Abs. 2 Nr. 3 SGB VIII).

Zudem soll die Qualität von Leistungen, die ohne Einbeziehung des Jugendamts, also unmittelbar bei den Leistungserbringern in Anspruch genommen werden durch Maßnahmen zur Qualitätsgewährleistung der Leistungserbringung bei der Planung niedrigschwelliger Hilfen im Rahmen der Jugendhilfeplanung (§ 80 Abs. 3 SGB VIII) sowie durch entsprechende Qualitätsvereinbarungen bei Vereinbarungen mit den Leistungserbringern (§ 36a Abs. 2 S. 3 SGB VIII) verbessert werden.

2. Schulsozialarbeit

Die Schulsozialarbeit ist nun als eigenständiger Paragraph (§ 13a SGB VIII) in das Gesetz aufgenommen worden. Hier wird die Pflicht zur Zusammenarbeit der Träger der Schulsozialarbeit mit den Schulen formuliert.

Die Verortung der Schulsozialarbeit wird unter Landesrechtsvorbehalt gestellt, womit sie auch durch andere Stellen nach anderen Rechtsvorschriften erbracht werden kann.

In NRW basiert die Schulsozialarbeit auf einem „Drei-Säulen-Modell“:

1. Säule: Schulsozialarbeit als Handlungsfeld der Jugendhilfe

631 Fachkräfte laut KJH-Statistik für 2018; kommunal verantwortet, Beschäftigung bei öffentlichen und freien Trägern

2. Säule: Landeseigene Fachkräfte für Schulsozialarbeit

z.Z. 1600 Stellen; bereitgestellt durch das Ministerium für Schule und Bildung, unbefristet und dauerhaft finanziell gesichert

3. Säule: Landesprogramm „Förderung von Schulsozialarbeit in Nordrhein-Westfalen“ (früher BUT-Soziale Arbeit an Schulen)

Neu geplant: mindestens 900 Vollzeitäquivalente

Fördergrundlage: Richtlinie über die Förderung von Schulsozialarbeit in Nordrhein-Westfalen. Runderlass des Ministeriums für Schule und Bildung – 524-6.08.01-162765 – vom 22.09.2021

Daneben ist noch die Gruppe der Schulsozialarbeiter in den multiprofessionellen Teams zu erwähnen, die auf Basis der Erlasse „Soziale Arbeit an Schulen zur Integration durch Bildung für neu zugewanderte Schülerinnen und Schüler (Multiprofessionelle Teams)“ und „Multiprofessionelle Teams im Gemeinsamen Lernen an Grundschulen, Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien“ finanziert werden.

In einer gemeinsamen Erklärung des Städtetages NRW, des Landkreistages NRW, des Städte- und Gemeindebundes NRW, des Ministeriums für Schule und Bildung 2021 heißt es zur Schulsozialarbeit in NRW:

„Sozialpädagogische Fachkräfte mit dem Aufgabenprofil „Schulsozialarbeit“ sind seit vielen Jahren in Nordrhein-Westfalen sowohl im Landesdienst als auch im Rahmen der kommunalen Kinder- und Jugendhilfe beschäftigt. [...] Das Ministerium für Schule und Bildung erarbeitet gemeinsam mit dem Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration unter Beteiligung von Akteurinnen und Akteuren aus Jugendhilfe und Schule ein Konzept zur „Neustrukturierung und Stärkung der Schulsozialarbeit“ in NRW.“ In einem Bericht im Schul- und Bildungsausschusses des Städtetages NRW, 16.09.2021 wird die Diversität dieses Arbeitsfeldes wie folgt beurteilt: „Dieses intransparente, nicht flächendeckende und hinsichtlich der Zuständigkeit ungeklärte „System“ der Schulsozialarbeit bedarf aus kommunaler Sicht einer konzeptionellen Neuausrichtung.“

Zentral ist nach hiesiger Ansicht, dass mit der Aufnahme des § 13 a SGB VIII

- die wachsende Bedeutung der Schulsozialarbeit für den Abbau von Benachteiligung unterstrichen wird (13 § zielt auf den Ausgleich sozialer Benachteiligungen und Integration ab) und
- Schulsozialarbeit eindeutig als Aufgabe der Jugendhilfe mit sozialpädagogischem Auftrag definiert wird (auch wenn durch den Landesrechtsvorbehalt das Direktionsrecht des Schulleiters für manche Modelle von Schulsozialarbeit nicht ausgeschlossen ist)

IV. Partizipation

Die Fokussierung des KJSG auf die Beteiligung hebt die große Bedeutung der Achtung der Subjektstellung der Adressatinnen der Kinder- und Jugendhilfe hervor. Grundlage dafür ist die mehrfach wissenschaftlich untermauerte Erkenntnis, dass eine gelingende Beteiligung von jungen Menschen und Eltern essentiell für den gesamten Auftrag der Kinder- und Jugendhilfe ist. Die Betonung der Beteiligung findet sich an vielen Stellen des Gesetzes wieder und formuliert, dass Beteiligung, Beratung und Information „in verständlicher, nachvollziehbarer und wahrnehmbarer Form“ anzubieten und durchzuführen ist. Neu aufgenommen sind:

1. Selbstorganisierte Zusammenschlüsse zur Selbstvertretung (§ 4a SGB VIII)

Über diese Regelung wird das Jugendamt verpflichtet mit Zusammenschlüssen insbesondere von Leistungsberechtigten und Ehrenamtlichen mit dem Ziel Adressaten der Kinder- und Jugendhilfe zu unterstützen, zu begleiten und zu fördern.

Sie sind an planenden Arbeitsgruppen gem. § 78 SGB sowie an der Arbeit des Jugendhilfeausschusses zu beteiligen (§ 71 Abs.2 SGB VIII). Zudem sind selbstorganisierte Zusammenschlüsse anzuregen und zu fördern (§ 74 SGB VIII).

Hier sind entsprechende Richtlinien zu erarbeiten, die die Rahmenbedingungen für die konkrete Einbindung und die finanzielle Förderung regeln.

2. Eigenständiger Beratungsanspruch von Kindern und Jugendlichen

Im Kontext der Selbstbestimmung von Kindern und Jugendlichen ist besonders die Einführung eines not- und konfliktlagenunabhängigen vertraulichen Beratungsanspruchs für junge Menschen (§ 8 Abs. 3 SGB VIII) hervorzuheben.

Diesen gilt es strukturell und niedrigschwellig zu organisieren sowie zielgruppengerecht zu veröffentlichen.

3. Ombudsstellen

Zur unabhängigen Beratung von jungen Menschen und ihren Familien sowie „zur Vermittlung und Klärung von Konflikten im Zusammenhang mit Aufgaben der Kinder und Jugendhilfe und deren Wahrnehmung durch die öffentliche und freie Jugendhilfe“ (§ 9a SGB VIII) sind hierzu bedarfsentsprechende Ombudsstellen zu errichten. Diese Regelung unterliegt einem Landesrechtsvorbehalt. In NRW ist eine solche Stelle als Landesstelle eingerichtet.

V. Hilfen aus einer Hand, „inklusive Jugendhilfe“

Besonders entscheidende und weitreichende Veränderungen beinhaltet das KJSG für den Bereich der Hilfen für Kinder und Jugendliche mit Behinderung. Im Rahmen eines Drei-Stufen-Modells soll die lange diskutierte sogenannte „Große Lösung“, also die einheitliche Zuständigkeit für alle Kinder und Jugendlichen ohne und mit Behinderung, unabhängig von der Behinderungsform schrittweise bis zum Jahr 2028 umgesetzt werden. Die sehr langen Zeiten bis zum Inkrafttreten der zweiten (01.01.2024) und dritten Stufe (01.01.2028) werden in Anbetracht der enormen Herausforderungen bei der Umsetzung erforderlich sein.

Rechtskräftig ab dem 10.06.2021 umzusetzen sind die Erfordernisse, die sich aus der ersten Stufe ergeben.

Der inklusive Anspruch findet sich nun auch an verschiedenen Stellen im Gesetz durch entsprechende Formulierungen und Definitionen wieder.

So ist in § 1 SGB VIII im Rahmen des grundlegenden Auftrages der Jugendhilfe der Begriff der „Selbstbestimmung“ eingeführt worden, weiter fortgeführt mit den Begriffen der „selbstbestimmten Interaktion und Teilhabe“.

Das Verständnis von Behinderung ist der Definition des SGB IX (Eingliederungshilfe) angepasst worden wonach junge Menschen mit Behinderungen Menschen sind, „die körperliche, seelische, geistige oder Sinnesbeeinträchtigungen haben, die sie in Wechselwirkung mit einstellungs- und umweltbedingten Barrieren an der gleichberechtigten Teilhabe an der Gesellschaft mit hoher Wahrscheinlichkeit länger als 6 Monate hindern können“ (§ 7 Abs.2 SGB VIII).

Das Thema der barrierefreien Kommunikation („ in einer für sie verständlichen, nachvollziehbaren und wahrnehmbaren Form“) findet sich bei

- der Beteiligung/Beratung von jungen Menschen (§ 8 Abs. 4 SGB VIII)
- Allgemeinen Beratung (§ 10a Abs.1 SGB VIII)
- Hilfeplanung (§ 36 Abs. 1 S.2 SGB VIII)

- die Inobhutnahme (§ 42 Abs.3 SGB VIII)

Der Schutzauftrag bei Kindeswohlgefährdung (§ 8a, 8b SGB VIII) erfordert nun von in die Beratung eingebundenen insoweit erfahrenen Fachkräften spezifische Kenntnisse zur Gefährdungseinschätzung von behinderten jungen Menschen.

In der Jugendarbeit ist die barrierefrei Zugänglichkeit und Nutzbarkeit der Angebote sicherzustellen (§ 11 Abs. 1, S.2 SGB VIII).

In der Kindertagesbetreuung (§ 22 Abs.2, § 22a Abs 4 SGB VII) soll nun in allen Einrichtungen und Gruppen eine gemeinsame Förderung stattfinden und die Planung, Konzeption und Finanzierung von Einrichtungen soll zusammen mit dem Jugendamt und anderen Rehabilitationsträgern erfolgen.

Die Jugendhilfeplanung hat darauf zu achten, dass Einrichtungen und Dienste der Jugendhilfe so geplant werden, dass alle Kinder und Jugendliche darin inklusiv gefördert werden können.

Erste Stufe: Schnittstellenbereinigung

Die regelhafte Teilnahme der Jugendämter am Gesamtplanverfahren der Eingliederungshilfe (§ 10a Abs.3 SGB VIII, § 117 Abs.6 SGB IX) soll gewährleisten, dass die jugendhilfespezifische Expertise frühzeitig in die Ausgestaltung der Hilfen anderer Leistungsträger einfließt.

Beim abzusehenden Zuständigkeitsübergang aus der Jugendhilfe zu einem anderen Rehabilitationsträger soll rechtzeitig (1 Jahr vorher) eine gemeinsame Hilfeplanung mit dem zuständig werdenden Träger erfolgen.

Die beiden Regelungen erfordern verbindliche Absprachen mit allen in Frage kommenden Rehabilitationsträgern um dem gesetzlichen Anspruch gerecht werden zu können.

Zweite Stufe: Verfahrenslotse (§ 10b SGBVIII) ab 01.01.2024-01.01.2028)

Als Zwischenlösung muss durch das Jugendamt spätestens ab dem 01.01.2024 ein Verfahrenslotse zur Verfügung stehen. Dieser hat die Aufgabe, Antragstellende unabhängig bei der Antragstellung, Verfolgung und Wahrnehmung der Leistungen der Eingliederungshilfe zu unterstützen.

Daneben besteht die Aufgabe darin, das Jugendamt bei der Zusammenführung der Leistungen der Eingliederungshilfe in seine Zuständigkeit zu unterstützen und halbjährlich v.a. allem über die strukturelle Zusammenarbeit mit anderen Stellen, öffentlichen Einrichtungen und Rehabilitationsträgern zu berichten und somit den Entwicklungsstand im Hinblick auf vollständige Inklusion darstellen zu können.

Dritte Stufe:

Ab dem 01.01.2028 soll geregelt sein, dass Leistungen nach dem SGB VIII für junge Menschen mit (drohender) Behinderung (seelisch, körperlich, geistig) vorrangig vom Träger der öffentlichen Jugendhilfe gewährt werden. Ein Bundesgesetz soll dazu den leistungsberechtigten Personenkreis bestimmen sowie Art und Umfang der Hilfen, die Kostenbeteiligung und das Verwaltungsverfahren regeln.

Begleitung, Evaluation durch das BMFSJ (§ 107 Abs.1 SGB VIII)

Bis zum Inkrafttreten der jeweiligen Stufen soll im Hinblick auf die Umsetzung der spezifischen Regelungen (§§ 10, 10a, 10b SGB VIII) eine Begleitung und Evaluation durch das BMFS-

JF durchgeführt werden. Diese ist Grundlage für das Bundesgesetz, das dann zum 01.01.2027 verkündet und am 01.01.2028 in Kraft treten soll.

Auswirkungen

Die gesamten gesetzlichen Neuerungen insbesondere im Hinblick auf die inklusive Ausgestaltung, erweiterte Beratungs- und Leistungsansprüche, Schnittstellenarbeit, Kinderschutz, Beteiligungsrechte, Planungs- und Konzeptaufgaben erfordern zusätzliche Zeit und die Qualifizierung des Personals. Sie haben insofern Auswirkungen auf die notwendigen Personalressourcen in allen Arbeitsfeldern des Jugendamtes.

Weiter kostenmäßige Auswirkungen sind durch die baulichen Notwendigkeiten im Hinblick auf die Barrierefreiheit in den städtischen Einrichtungen zu erwarten.

Die Umsetzung der sogenannten großen Lösung wird wegen des enormen Aufgabenzuwachses zu einem deutlichen Personalzuwachs führen, verbunden mit der Frage der räumlichen Unterbringung.

Es ist geplant in einem ersten organisatorischen Schritt einen Spezialdienst „Eingliederungshilfe“ als neue Arbeitsgruppe in der Abteilung 5/3 zu etablieren.

Spätestens zum 01.04.2024 muss der Verfahrenslotse eingestellt und qualifiziert sein, wobei zurzeit völlig unklar ist, wieviel Personalkapazität für diese Aufgabe notwendig sein wird.

Mit Verabschiedung des Gesetzes durch den Bundesrat wurde die Bundesregierung beauftragt, die notwendigen Kostenregelungen mit den Ländern zu treffen.

Daneben sind weitere landesspezifische Ausführungshinweise zu erwarten, die die Umsetzung der gesetzlichen Anforderungen konkretisieren sollen.

Finanzielle Auswirkungen ☐ ja ☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
---------------------------	-----------------------	--------------------------	--	--

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode Sachkonto
--	--	-------------------------------	----------------------------------	--

Klimaschutz

Klimarelevanz <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ	Veränderungen CO₂-Emissionen <input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung	Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	Bestehen alternative Handlungsoptionen? <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
--	--	---	--

<input type="checkbox"/> Prüfbedarf	<input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung		
Erläuterung Klimarelevanz			
Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen)			

i.A.

gez.

Georg Ritter
Abteilungsleiter Soziale Dienste

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.